



POLEN-ANALYSEN

www.laender-analysen.de/polen

DIE SELBSTVERWALTUNGSWAHLEN 2018

- **ANALYSE**
Die Selbstverwaltungswahlen 2018 – alle haben gewonnen und alle verloren
Adam J. Jarosz, Zielona Góra 2
- **TABELLEN UND GRAFIKEN ZUM TEXT**
Die Ergebnisse der Selbstverwaltungswahlen 8

- **CHRONIK**
16. Oktober 2018 – 11. November 2018 13

Die Selbstverwaltungswahlen 2018 – alle haben gewonnen und alle verloren

Adam J. Jarosz, Zielona Góra

Zusammenfassung

Am 21. Oktober 2018 fanden zum achten Mal in der Geschichte der Dritten Republik Polen die Selbstverwaltungswahlen statt. Gewählt wurden die Abgeordneten der Woiwodschaftslandtage (*sejmik*), der Kreise, Kreisstädte und Gemeinden. Die größten Parteien behandelten die Wahlen als Stimmungsbild für die Unterstützung der Gesellschaft und als Beginn einer Serie von Wahlen in den nächsten anderthalb Jahren (Europawahlen, Parlamentswahlen, Präsidentenwahlen). Der intensive, heftige und emotionale Wahlkampf verdeckte weitgehend das Thema der Änderungen in der Wahlordnung sowie den lokalen Wesenskern dieser Wahlen und die Entwicklung der Regionen.

Die Änderungen der Wahlordnung

Die Diskussion über die Selbstverwaltungswahlen begann viele Monate vor den Wahlen, vor allem wegen der Änderungen der Wahlordnung. Die von der Regierung vorgeschlagenen Änderungen weckten viele Emotionen, unter anderem die Frage der Beschränkung der Amtszeiten für die gewählten Gemeindevorsteher, Bürgermeister und Stadtpräsidenten. Letztlich beschloss das polnische Parlament die Beschränkung auf zwei Wahlperioden bei gleichzeitiger Verlängerung von vier auf fünf Jahre. Jede Amtszeit zählt ab dem Jahr 2018, das heißt, es setzte sich nicht die anfängliche Idee von *Recht und Gerechtigkeit* (*Prawo i Sprawiedliwość – PiS*) durch, die vorangegangenen Wahlperioden zu berücksichtigen und die seit vielen Jahren regierenden Gemeinde- und Stadtvorsteher zum Rückzug zu zwingen. Die Wahlzeiten wurden auf allen Ebenen der Selbstverwaltung verlängert. Die zweite wichtige Änderung war die Begrenzung der Ein-Mandats-Wahlkreise. Bisher gab es sie in allen Gemeinden, außer den Kreisstädten; jetzt gibt es sie nur in den Gemeinden bis zu 20.000 Einwohnern. In den übrigen Gemeinden wurden die Wahlkreise mit mehreren Mandaten und die proportionale Verteilung der Mandate wiedereingerichtet. Die dritte Änderung war die Einführung neuer Stimmzettel. In den letzten Wahlen hatte der Stimmzettel die Form eines Heftes mit einer eigenen Seite für jede Wahlliste. Dies rief zahlreiche Kontroversen und Vorwürfe hervor, kritisiert wurden die erschwerte Stimmauszählung, Irrtümer der Wähler und auch die privilegierte Position der Komitees, die per Losverfahren auf den ersten Seiten des Heftes platziert worden waren bzw. eine schlechtere Position am Ende des Heftes erhalten hatten. Bei den aktuellen Wahlen wurde ein großer Papierbogen als Stimmzettel verwendet, auf dem alle Wahllisten und Kandidaten auf einer Seite aufgeführt werden. Die vierte Änderung war die Beschränkung der Anzahl der Kandidaten in den Wahlen, in denen die Wahllisten nach proportionalem Verfahren gewählt werden. Die Wahlkomitees konn-

ten zwei Kandidaten mehr als Mandate im betreffenden Kreis aufstellen; vor der Änderung konnten sie dagegen zweimal so viele Kandidaten wie Mandate benennen. Die Kandidaten für die Gemeindevorsteher, Bürgermeister und Stadtpräsidenten durften nicht gleichzeitig für Kreisräte oder Woiwodschaftslandtage kandidieren. Die fünfte Änderung betraf die Wahlkommissionen: Es wurden zwei Wahlkommissionen eingeführt, eine für die Durchführung der Stimmgabe und die andere für die Auszählung der Stimmen. Eingeführt wurden außerdem durchsichtige Wahlurnen.

Der Wahlkampf

Der Wahlkampf begann lange vor der Verkündung des offiziellen Datums der Selbstverwaltungswahlen. Von Beginn an war er so intensiv, dass ein neuer Begriff, »Vor-Wahlkampf«, geprägt wurde. Außerordentlich exklusiv wurde Warschau behandelt, wo die beiden größten Parteien zwei starke Kandidaten aufgestellt hatten und wo beiden Parteien außerordentlich daran lag, zu gewinnen. Patryk Jaki, der Kandidat der *Vereinigten Rechten* (*Zjednoczona Prawica*), zu der *PiS* gehört, führte unter dem Motto »Ambitioniertes und ehrliches Warschau« eine sehr aktive Kampagne und schlug viele mutige Visionen und Projekte vor. Rafał Trzaskowski, der für die *Bürgerkoalition* (*Koalicja Obywatelska – KO*) kandidierte, zu der die *Bürgerplattform* (*Platforma Obywatelska – PO*) gehört, warb unter dem Slogan »Warschau für alle« für europäische Werte und konzentrierte sich auf Vorschläge zur Verbesserung der Lebensqualität aller gesellschaftlichen Gruppen. Die Medien fokussierten sich auf diese beiden Kandidaten und marginalisierten die übrigen Bewerber, was unter anderen der Kandidat von *Kukiz '15* laut kritisierte.

Die beiden größten Parteien machten aus diesen Wahlen eine Volksabstimmung über die Unterstützung der Parteien und versuchten die Bürger zu überzeugen, dass es um viel mehr gehe als nur um die Wahl derer, die auf lokaler und regionaler Ebene regieren sollen. Die

seit dem Jahr 2015 selbständig regierende *PiS* wollte ihre Macht auch auf der lokalen und regionalen Ebene ausweiten. Die größte Herausforderung und Einsatz waren für die Partei von Jarosław Kaczyński jedoch, der *Polnischen Bauernpartei (Polskie Stronnictwo Ludowe – PSL)* die ländlichen Gebiete zu entreißen und die Macht auch auf dem Land zu übernehmen. Eine Niederlage der *PSL* in diesen Wahlen hätte den ersten Schritt zu einer Niederlage in den Parlamentswahlen 2019 und die Marginalisierung der *PSL* bedeutet, was gleichzeitig der *PiS* die selbständige Mehrheit im Sejm garantiert hätte. Daher war der Wahlkampf der *PiS* auf dem Land besonders intensiv und besonders scharf wurde die *PSL* angegriffen. Die Gesichter des Wahlkampfes waren Ministerpräsident Mateusz Morawiecki und auch *PiS*-Parteichef Jarosław Kaczyński. Beide fuhren durch ganz Polen und präsentierten den Wählern in allen Winkeln des Landes ihr Programm unter dem Titel »Die fünf von Morawiecki« [die Fünf entspricht im polnischen Schulsystem der Note sehr gut, die Red.]. Es enthielt den Kampf gegen den Smog, den Aufbau der lokalen Infrastruktur, die Modernisierung der Bahnhöfe, schnelles Internet in allen Gemeinden und die Stärkung der Rolle der sogenannten Bürgerbudgets. Weiter unterstrichen sie die Notwendigkeit enger Zusammenarbeit der Selbstverwaltung mit der Regierung in Warschau, um Synergieeffekte für eine bessere Entwicklung Polens nutzen zu können.

Die *Bürgerplattform* ging mit der Partei *Die Moderne (Nowoczesna)* die *Bürgerkoalition* ein. Ihr schloss sich die *Initiative Polen von Barbara Nowacka (Inicjatywa Polska Barbary Nowackiej)* an, was die Koalition für Wähler mit linken Ansichten öffnete. Für die *PO* war das Ziel dieser Wahlen, das Vertrauen der Wähler nach der Niederlage im Jahr 2015 wiederzuerlangen, die maximale Schwächung der *PiS* und die Vereinigung der liberalen Kräfte gegen die regierende Partei. Die Gesichter des Wahlkampfes waren Grzegorz Schetyna, Katarzyna Lubnauer und Barbara Nowacka, die das Programm »Schetynas Sixpack« vertraten. Es umfasste die Modernisierung der Schulen, kostenlose Fahrscheine für die Kinder und Jugendlichen im öffentlichen Nahverkehr, den Kampf gegen den Smog, Unterstützung für Senioren, den Bau lokaler Straßen und Sportplätze sowie die Auflösung des Woiwodschaftsamtes, d. h. die Übertragung der Kompetenzen des Woiwoden auf den Woiwodschaftsmarschall (das bedeutet den Verlust der Exekutivgewalt der Zentralregierung auf Woiwodschaftsebene bei unterschiedlichen Machtkonstellation in Warschau und in einzelnen Woiwodschaften – die Red.) Die Hauptbotschaft der Politiker der *Bürgerkoalition* war jedoch der Angriff auf die *PiS*. Ihr wurde vorgeworfen, Polen aus der EU führen zu wollen (»Polexit«) und die

Selbstverwaltung zerstören zu wollen sowie zentralistische Tendenzen.

Die *PSL* ist eine Partei, deren Stärke seit Jahren die gut ausgebauten lokalen Strukturen und die starke Position im ländlichen Milieu ist. In den Selbstverwaltungswahlen 2014 erhielt sie ein sehr gutes Ergebnis, das sie nun bestätigen wollte. Vor allem aber wollte sie den Angriff der *PiS* erwidern und ihre Position als dominierende Partei auf dem Land halten. Das Gesicht des Wahlkampfes war Władysław Kosiniak-Kamysz sowie lokale Politiker, zum Beispiel der Marschall der Woiwodschaft Masowien (województwo mazowieckie), Adam Struzik. Ihr Programm hatte die *PSL* »Selbstverwaltete Republik« genannt, es umfasste die Stärkung der Ortsvorsteher und -räte, die Dezentralisierung der öffentlichen Verwaltung, zahlreiche Vorschläge für die Landwirte, die Instandsetzung der lokalen Straßen, ein gemeinsames Ticket für die Eisenbahnen der Woiwodschaften und Vorschläge mit Blick auf die freiwilligen Feuerwehren, die eine wichtige Basis für die *PSL* sind. Im Laufe des Wahlkampfes griff die *PSL* die *PiS* scharf an, warf Ministerpräsident Morawiecki Lügen vor und der regierenden Partei, den ländlichen Raum unzureichend zu unterstützen.

Die Bewegung *Kukiz '15* ging mit dem Schlagwort, das Potential der Bürger zu aktivieren, in den Wahlkampf und konzentrierte sich darauf, parteilose lokale Akteure zu unterstützen, um mit diesen auf den Wahllisten ihre Chancen zu erhöhen. Der Anführer der Bewegung, Paweł Kukiz, griff die beiden großen Parteien heftig an und sprach von der Notwendigkeit, das System des Staates zu reformieren. Er warf der *PiS* und der *PO* vor, den Staat in ihren Besitz bringen und die eigenen Leute in staatliche Institutionen und Gesellschaften des Staatsschatzes setzen zu wollen. Die Wahlen waren außerdem eine Gelegenheit, die lokalen Strukturen der Bewegung des bekannten Rocksängers zu stärken und auszubauen.

Für die *Demokratische Linksallianz (Sojusz Lewicy Demokratycznej – SLD)* sollten die Wahlen der erste Schritt sein, in die große Politik zurückzukehren, nachdem sie im Jahr 2015 nicht in den Sejm eingezogen war. Das Gesicht des Wahlkampfes war der *SLD*-Vorsitzende Włodzimierz Czarzasty, das Programm wurde »Eine starke Selbstverwaltung, ein demokratisches Polen« betitelt. Die *SLD* sprach sich darin gegen die erneute Zentralisierung Polens aus und kündigte den Kampf um die Stärkung der territorialen Selbstverwaltung an. Weitere Vorschläge der *SLD* betrafen die Unterstützung der Familien, Kinder und Senioren, die Finanzierung der In-vitro-Fertilisation aus dem Budget der Selbstverwaltung und die zahnärztliche Betreuung in den Schulen. Andere Forderungen bezogen sich auf den Kampf gegen den Smog und ein Bauprogramm für kommu-

nale Wohnungen, aber auch auf den Kampf um eine würdige Erinnerung an die Linke und ihre Aktivisten in der Öffentlichkeit.

Eine weitere Initiative, die ihre Listen in ganz Polen aufstellte, waren die *Parteilosen Selbstverwalter* (*Bezpartyjni Samorządowcy*). Sie stellten sich als Gruppierung vor, die lokal handelt und vor Ort Veränderungen herbeiführen will. Anführer der Gruppierung waren der Marschall der Woiwodschaft Niederschlesien (woj. dolnośląskie), Cezary Przybylski, und der Stadtpräsident von Lubin, Robert Raczyński. Sie wollten die Selbstverwaltung dahin gehend stärken, dass sie parteilos sei und frei von Streit und Auseinandersetzungen zwischen den politischen Parteien. In ihrem Programm definierten sie als Prioritäten Partizipation, Selbstbestimmung, Solidarität, Hilfe und Parteilosigkeit. Sie forderten die Einführung direkter Wahlen der Exekutive auf allen Ebenen der Selbstverwaltung, den Bau neuer Straßen und die Verbesserung der Eisenbahnverbindungen.

Außer diesen wichtigsten Gruppierungen stellten auch andere ihre Listen auf: die Stadtbewegungen, die linke Partei *Gemeinsam* (*Razem*), die libertäre Partei *Freiheit* (*Wolność*) von Janusz Korwin-Mikke und die deutsche Minderheit in der Woiwodschaft Oppeln (woj. opolskie). Zahlreiche lokale Komitees bewarben sich um Mandate, die wichtigsten unter ihnen waren Akteure der parteilosen Komitees und der Komitees populärer Gemeindevorsteher, Bürgermeister und Stadtpräsidenten, die häufig bereits seit einigen Amtszeiten in ihren Gemeinden oder Städten regieren.

Die Wahlen der Woiwodschaftslandtage – der Sieg der PiS, aber kein Knock-out

Gewöhnlich sind die Wahlen der Woiwodschaftslandtage am stärksten von den Parteien geprägt. Sie sind auch eine Art Volksabstimmung über die Unterstützung für die großen Parteien. Insgesamt wurden 552 Ratsmitglieder gewählt, drei weniger als im Jahr 2014 aufgrund des Rückgangs der Einwohnerzahl in den Woiwodschaften. Diese Wahlen gewann die PiS, doch mit 34,12 Prozent war die Unterstützung deutlich niedriger als die Erwartungen der Partei von Jarosław Kaczyński. Die PiS erhielt das beste Ergebnis in neun Woiwodschaften, vor allem in Südostpolen, und zwar in den Woiwodschaften Lublin (woj. lubelskie), Lodz (woj. łódzkie), Kleinpolen (woj. małopolskie), Masowien (woj. Mazowieckie), Podlachien (woj. podlaskie), Vorkarpaten (woj. podkarpackie) und Heiligkreuz (woj. świętokrzyskie). Ein Überraschungssieg war der Erfolg der PiS in den Woiwodschaften Niederschlesien und Schlesien (woj. śląskie), wo traditionell liberale Kräfte gewannen und wo die PO in den letzten Wahlen eine starke Position einnahm. Trotzdem erhielt die PiS landesweit zwei Millionen Stimmen mehr im Vergleich zum Jahr 2014.

Die *Bürgerkoalition* gewann in Nord- und in Westpolen in sieben Woiwodschaften, in der Woiwodschaft Kujawien-Pommern (woj. kujawsko-pomorskie), Lebusser Land (woj. lubuskie), Oppeln (woj. opolskie), Pommern (woj. pomorskie), Ermland-Masuren (woj. warmińsko-mazurskie), Großpolen (woj. wielkopolskie) und Westpommern (woj. zachodniopomorskie). Das Ergebnis von 26,96 Prozent ist deutlich besser als die Umfrageergebnisse, in denen die *Bürgerkoalition* bei zirka 20 Prozent lag. Die Koalition erhielt einen Zuwachs von einer Million Stimmen im Vergleich zum Ergebnis der PO in den letzten Selbstverwaltungswahlen. Die PSL siegte dieses Mal in keiner Woiwodschaft, auch verlor sie viele Mandate im Vergleich zu den Wahlen von 2014. Dennoch ist das Ergebnis von 12,06 Prozent für die *Bauernpartei* zufriedenstellend, denn es gelang ihr, ihre Position als starke Selbstverwaltungspartei zu verteidigen und den Angriff der PiS abzuwehren. Der SLD gelang es nicht, ihre Position wiederaufzubauen, sie erlitt weitere Verluste und notierte einen Rückgang der Unterstützung.

Der größte Verlierer dieser Wahlen war eindeutig *Kukiz '15*. Diese Gruppierung ist die drittstärkste Kraft im Sejm und besetzt regelmäßig den dritten Platz in den Meinungsumfragen. Dennoch gelang es ihr nicht, auch nur einen einzigen Abgeordneten in einen Woiwodschaftslandtag zu bringen, und die Unterstützung von 5,62 Prozent liegt unter den Erwartungen.

Bei den lokalen Komitees fiel das Ergebnis sehr gut für die *Parteilosen Selbstverwalter* aus, die ein gutes Ergebnis insbesondere in der Woiwodschaft Niederschlesien einfuhren sowie auf Landesebene – 5,27 Prozent. Ihre starke Position in der Region Oppeln bestätigte die Liste der *Deutschen Minderheit*. Auch dem Komitee des Stadtpräsidenten von Breslau (Wrocław), Rafał Dutkiewicz, gelang es, in der Woiwodschaft Niederschlesien Mandate zu gewinnen sowie auch in der Woiwodschaft Heiligkreuz der Gruppierung von Bogdan Wenta, dem Kandidaten für den Stadtpräsidenten von Kielce.

Laut endgültigem Wahlergebnis erlangte die PiS 254 Mandate, das sind 83 mehr als im Jahr 2014. Für die *Bürgerkoalition* ergeben sich mit 194 Mandaten 15 Sitze mehr als im Jahr 2014. Die PSL dagegen verlor 70 Sitze und hat nun 87 Mandate. Die Koalition SLD *Die Linke Gemeinsam* (SLD *Lewica Razem*) hat elf Vertreter, 17 weniger als vor vier Jahren. Die regionalen Komitees erlangten insgesamt 23 Mandate und haben sich damit um drei Sitze verbessert. Das Ergebnis der *Deutschen Minderheit* ist mit fünf Sitzen um zwei Mandate schlechter als 2014. Die *Parteilosen Selbstverwalter* konnten ihre Position stärken. Während sie bei den

letzten Wahlen mit vier Mandaten nur in den niederschlesischen Woiwodschaftslandtag einziehen konnten, erreichten sie nun in mehreren Landtagen insgesamt 15 Sitze. Das Komitee von Rafał Dutkiewicz für Niederschlesien bekam zwei Mandate und das Komitee von Bogdan Wenta einen Sitz.

Da der Landtag der Woiwodschaft den Woiwodschaftsmarschall und die Woiwodschaftsverwaltung wählt, hat dessen Zusammensetzung direkten Einfluss auf die Exekutivorgane. Das Wahlergebnis bedeutet, dass die *PiS* in sechs Landtagen selbständig regieren kann (Woiwodschaften Lublin, Lodz, Kleinpolen, Vorkarpaten, Podlachien, Heiligkreuz). Das ist ein deutlicher Zuwachs gegenüber der letzten Wahlperiode, als sie nur in der Woiwodschaft Vorkarpaten die Regierung stellte. Die *Bürgerkoalition* kann nur in der Woiwodschaft Pommern allein regieren. In den übrigen Fällen müssen Koalitionen gebildet werden. In den Woiwodschaften Schlesien und Niederschlesien versprechen die Koalitionsverhandlungen am interessantesten zu werden. In Schlesien fehlt der *PiS* nur ein Sitz für die Mehrheit, der *Bürgerkoalition* fehlen zwei. Gleichzeitig hat die *SLD* zwei Vertreter und die *PSL* einen. Wenn es der *PiS* gelänge, jemanden aus einer der kleineren Parteien zu überzeugen oder einen Abgeordneten auf ihre Seite zu ziehen, würde sie diese Region regieren. In Niederschlesien sind die *Parteilosen Selbstverwalter* das Zünglein an der Waage, denn unabhängig davon, ob sie mit der *PiS* ein Bündnis eingehen oder mit der *Bürgerkoalition*, sind sie ausschlaggebend für die Mehrheit im Landtag. Mit großer Wahrscheinlichkeit werden sie in der Region mitregieren, daher stellen sie auch die Bedingung, dass ihr Vorsitzender Cezary Przybylski Woiwodschaftsmarschall wird. In den übrigen sieben Regionen (Kujawien-Pommern, Lebusier Land, Masowien, Oppeln, Ermland-Masuren, Großpolen und Westpommern) kann ein Bündnis aus *Bürgerkoalition* und *PSL* die Regierung stellen; möglich ist auch die Zusammenarbeit mit der *SLD* und in der Woiwodschaft Oppeln mit der *Deutschen Minderheit*.

Die Wahlen in den Kreisstädten – die *PiS* ohne einen Stadtpräsidenten, aber stark in den Ratsversammlungen

Ähnlich wie in den Woiwodschaften haben auch in den 66 Kreisstädten die politischen Parteien eine starke Position. Da die Stadtpräsidenten direkt gewählt werden, stehen die Wahlen zu den Räten der Stadt immer in ihrem Schatten. Die *PiS* hatte sich das ambitionierte Ziel gesetzt, einige Großstädte von den Politikern der *Bürgerkoalition* oder den lokalen Akteuren zu »befreien«. Sie setzte dafür auf junge, dynamische und gleichzeitig schon erfahrene und profilierte Politiker, die die

Aufgabe hatten, sich als Menschen mit neuer Energie und frischen Ideen für die Entwicklung ihrer Städte zu präsentieren.

Ein prominentes Beispiel ist Patryk Jaki, der Kandidat der *PiS* für die Position des Stadtpräsidenten von Warschau war. Das Duell in Warschau dominierte den Diskurs über den Wahlkampf, denn die bisherige Stadtpräsidentin von der *PO*, Hanna Gronkiewicz-Waltz, hatte sich entschieden, sich aufgrund der sogenannten Reprivatisierungsaffäre und der Kontroversen um die unberechtigten Rückgaben von Immobilien in Warschau nicht noch einmal zur Wahl zu stellen. Die *Bürgerkoalition* stellte daraufhin Rafał Trzaskowski auf, einen jungen *PO*-Abgeordneten, der bereits Erfahrungen im Europäischen Parlament und im Ministerium für Verwaltung und Digitalisierung gesammelt hatte.

Ein besonderer Fall trat in Lodz (Łódź) ein. Dort wurde die regierende Stadtpräsidentin aus den Reihen der *Bürgerkoalition*, Hanna Zdanowska, wegen unwahrer Angaben im Zusammenhang mit einem Kreditvertrag für ihren Partner rechtskräftig zu einer Geldstrafe verurteilt. Zwar verbietet die Wahlordnung die Kandidatur nur Personen, die zu einer Freiheitsstrafe verurteilt wurden, aber nach dem Gesetz über die Arbeitnehmer in der Selbstverwaltung darf eine verurteilte Person keine Funktion in der Selbstverwaltung ausüben. In dieser Situation konnte Hanna Zdanowska kandidieren, es kann allerdings sein, dass sie kein Amt ausüben darf. Vermutlich wird sich der Woiwode dazu verbindlich äußern oder das Verwaltungsgericht wird ein Urteil fällen. Die *PiS* stellte als Gegenkandidaten Waldemar Buda auf und führte einen sehr negativen Wahlkampf gegen die amtierende Präsidentin.

Zu besonders interessanten Wettbewerben kam es in Danzig (Gdańsk), Nowy Sącz, Stettin (Szczecin) und Thorn (Toruń). Dort stellten beide großen Parteien ihre Kandidaten gegen die amtierenden Präsidenten auf. In Danzig traten gegen Paweł Adamowicz Jarosław Wałęsa, der Sohn des ehemaligen Staatspräsidenten Lech Wałęsa, von der *Bürgerkoalition* und von der *PiS* Kacper Płazyński, Sohn des ehemaligen Sejmmarschalls, an.

In der Mehrheit der Städte fuhren die amtierenden Präsidenten bereits im ersten Wahlgang einen deutlichen Sieg ein. Am spektakulärsten war der Erfolg von Rafał Trzaskowski in Warschau. Dort hatten die Umfragen einen zweiten Wahlgang vorausgesagt, doch der Kandidat der *Bürgerkoalition* gewann schon in der ersten Runde mit über 56 Prozent. Hanna Zdanowska in Lodz erhielt nach dem sehr aggressiven Wahlkampf über 70 Prozent der Stimmen; interessanterweise trat sie als unabhängige Kandidatin an und nicht

unter dem Schild der *Bürgerkoalition*. Zu einer interessanten Situation kam es in Danzig, wo Paweł Adamowicz zwar gewann, sich aber im zweiten Wahlgang mit Kacper Płażyński messen musste. Die Konfrontation von Adamowicz mit Jarosław Wałęsa erwies sich als eine Art Bruderkrieg, da beide aus demselben politischen Lager kommen und sich ihre Wähler aufgeteilt haben. Iwona Mularczyk von der *PiS* in Nowy Sącz, Ehefrau des bekannten *PiS*-Abgeordneten Akardiusz Mularczyk, wird der Besuch von Staatspräsident Andrzej Duda geschadet haben, der Allerheiligen, also einige Tage vor dem zweiten Wahlgang, nach Nowy Sącz gekommen war und gemeinsam mit ihr den Friedhof besucht hatte. Dies wurde als Fürsprache des Präsidenten für eine Seite wahrgenommen und eindeutig negativ bewertet.

In etlichen Städten gewannen die amtierenden Präsidenten und bestätigten ihr starkes Mandat. Die meisten Städte, 46, blieben in der Hand der lokalen Akteure, in 16 Städten gewann der Kandidat der *Bürgerkoalition*, einem Stadtpräsidenten der *SLD* gelang es, sein Amt zu halten, außerdem gewann ein weiterer Kandidat der *SLD*. Auch die Partei *Kukiz '15* erlangte eine Stadtpräsidentschaft. Den Gegenkandidaten, auch denen aus den großen Parteien, gelang es nicht, das Amt zu übernehmen. Viele von ihnen erhielten jedoch große Unterstützung, was eine gute Zukunftsprognose für sie ist. Da die Amtszeiten begrenzt wurden, müssen die aktuellen Präsidenten spätestens in zehn Jahren ihr Amt aufgeben, was eine Chance für die junge Politikergeneration und neue lokale Akteure ist.

Weiter wurden 1.711 Mitglieder der Stadträte gewählt. Trotz der Niederlagen für die *PiS* bei den Wahlen der Stadtpräsidenten, erhielt sie hier die meisten Stimmen unter den großen Parteien. Zwar gewann sie nur in 15 Städten, doch erhielt sie mehr Ratssitze als die *Bürgerkoalition*, die in 23 Städten gewann. Die meisten Ratsabgeordneten werden jedoch von den lokalen Komitees gestellt, die mehrheitlich die Basis für die amtierenden Präsidenten sind. Einzelne Mandate erhielten die *PSL* und *Kukiz '15*, ein schwaches Ergebnis erhielt auch die *SLD*.

Die Wahl der Kreis- und Gemeinderäte – der Sieg der *PiS* und der lokalen Komitees

Deutlich weniger wurden die Wahlen der Landkreise medial begleitet und kommentiert. In 314 Kreisen wurden insgesamt 6.244 Ratsmitglieder bestimmt. Doch auch hier fand der Kampf um die Dominanz in den ländlichen Gebieten mit hohem Einsatz statt; die *PiS* bemühte sich, die *PSL* zu verdrängen und den lokalen Gruppierungen die Mandate in den Räten abzunehmen. Dies verlief für die *PiS* erfolgreich: Sie gewann

in 147 Kreisen, in 40 erzielte die *PSL* das beste Ergebnis, die *Bürgerkoalition* in 37 Kreisen und lokale Komitees in 84 Kreisen. Die meisten Ratsabgeordneten stellen die lokalen Komitees, nicht viel weniger jedoch auch die *PiS*. Auch die *PSL* und die *Bürgerkoalition* erhielten viele Mandate in den Kreisräten, während die *SLD* deutlich schwächer ausfiel und nur in einem Kreis gewann. *Kukiz '15* erfuhr eine vollständige Niederlage. Auch auf dieser Ebene wird, ähnlich wie auf Woiwodschafsebene, viel von den lokalen Koalitionen abhängen, denn der Kreisvorstand mit der Person des Kreisrates an der Spitze (*starosta*) wird vom Gremium Kreisrat gewählt. Jener muss also eine stabile Mehrheit im Kreis hinter sich haben.

In Kreisgemeinden mit bis zu 20.000 Einwohnern, also in Kleinstädten, wurden 5.640 Ratsabgeordnete nach dem proportionalen Wahlrecht bestimmt. Auch hier erhielten die lokalen Komitees mit 2.500 Abgeordneten die meisten Sitze, und ein wenig schlechteres Ergebnis, fast 2.000 Abgeordnete, erreichte die *PiS*. Die *Bürgerkoalition* hat zirka 1.000 Abgeordnete. Ein sehr schwaches Ergebnis verzeichnete die *PSL*, allerdings sind für sie die Städte nicht das wichtigste Ziel. Auch die *SLD* und *Kukiz '15* schnitten deutlich unter den Erwartungen ab.

Die Wahlen zu den Ratsversammlungen der kleinsten Gemeinden wurden vollständig von den lokalen Komitees beherrscht. Traditionell sind die Parteien in Polen auf dieser Ebene am wenigsten aktiv. Sie haben keine so ausgebaute Mitgliederbasis und die Wahlen sind hier tatsächlich am unmittelbarsten, denn die Wähler geben ihre Stimme Kandidaten, die sie kennen, häufig sogar persönlich. Zugunsten der lokalen Komitees fallen auch die Wahlergebnisse in den Ein-Mandats-Kreisen aus; in diesem Format werden die Ratsmitglieder der Gemeinden bis zu 20.000 Einwohner bestimmt. Insgesamt wurden in den Ein-Mandats-Kreisen 32.175 Kandidaten gewählt. Die deutliche Mehrheit von über 24.000 Mandaten erhielten die Vertreter der lokalen Komitees. Unter den großen Parteien erwies sich die *PiS* als Sieger; sie erhielt knapp 4.000 Sitze. Eine starke Position erreichte auch die *PSL* mit mehr als 3.000 Mandaten. Schwache Ergebnisse erzielten die *SLD* – 200 Mandate, die *Bürgerkoalition* – etwas mehr als 160 Mandate und *Kukiz '15* – weniger als 100 Mandate.

Des Weiteren hatten die Kandidaten der lokalen Komitees für das Amt des Gemeindevorstehers und Bürgermeisters ebenfalls die meisten Erfolge zu verzeichnen. Die *PiS* hatte die meisten erfolgreichen Kandidaten unter den großen Parteien. Auch der *PSL* gelang es, etliche Gemeindevorsteher und Bürgermeister zu halten.

Zusammenfassung

Unmittelbar nach den Wahlen verkündeten die Vorsitzenden der drei größten Parteien ihren Wahlsieg. Die *Bürgerkoalition* erreichte sehr viel in den großen Städten, darunter die renommierte Stadtpräsidentschaft von Warschau sowie der wichtigen Städte Breslau, Posen und Lodz. Sie unterstützte den amtierenden Präsidenten von Krakau und im zweiten Wahlgang den Präsidenten von Danzig. Ihr gelang es, einen Großteil der Woiwodschaften zu verteidigen, so dass sie dort weiter regieren kann. Die Koalition fiel jedoch auf der Ebene der Gemeinden und Kreise schwach aus, allerdings ist hier festzustellen, dass sie in vielen Fällen, wenn sie keine eigene Liste hatte, eines der lokalen Komitees unterstützte. Trotz der Euphorie der Parteiführung nach den Siegen in den Großstädten sind die Wahlen ein Alarmsignal für die *Bürgerkoalition*, dass sie ihre Stellung sogar in ihren größten Bastionen wie den Woiwodschaften Niederschlesien, Schlesien, Oppeln und Westpommern verliert. Außerdem ist die *Bürgerkoalition* lokal sehr schwach aufgestellt, insbesondere im ländlichen Raum. In 154 Kreisen ist kein Kandidat der Koalition unter der Führung von Grzegorz Schetyna eingezogen. Sogar in den großen Städten erlangte die *PiS* mehr Sitze als die *Bürgerkoalition*.

Der *PSL* gelang es, ihre Position auf dem Land zu halten und sogar ein zweistelliges Ergebnis bei den Wahlen der Woiwodschaftslandtage einzufahren, allerdings verlor sie viele Mandate in den Landtagen. Auch in den Kreisen und Gemeinden, insbesondere in den kleinsten, konnte die *PSL* ihren hohen Besitzstand halten, wurde aber auch von der *PiS* stark bedrängt und befindet sich deutlich in der Defensive.

Die Vertreter der *SLD* haben eindeutig Grund zur Sorge. Die Linke verlor wieder einmal viele Mandate und wird zu einem immer unbedeutenderen Akteur auf allen Ebenen der Selbstverwaltung. Eine vollständige Niederlage erlebte *Kukiz '15*. Sie hatte die Gelegenheit vergeudet, lokale Strukturen und ihre Position in den Regionen aufzubauen sowie auch eine Basis für die ganz Polen betreffenden politischen Aktivitäten.

Der größte Gewinner dieser Wahlen ist trotz allem die *PiS*. Die Regierungspartei stärkte ihren Besitzstand in den Landtagen deutlich und hat realistische Chancen, in acht Regionen zu regieren. Sehr starke Ergebnisse verzeichnet sie auf lokaler Ebene, so dass sie in der Lage sein wird, ihre Strukturen zu stärken und die *PSL* weiter zu schwächen. Deren Verdrängung aus den Dörfern ist der Schlüssel zum Sieg in den Parlamentswahlen im Jahr 2019 und der weiteren selbständigen Regierungstätigkeit. Eine Niederlage für die *PiS* wären die Wahlergebnisse in den Großstädten, insbesondere bei den Wahlen der Stadtpräsidenten. Dafür gibt es einige Ur-

sachen: Erstens haben konservative Parteien, zu denen die *PiS* zählt, in den Großstädten immer weniger Anhänger als die liberalen Kräfte. Zweitens regieren in vielen Großstädten bewährte Präsidenten, die häufig so beliebt sind, dass sie sich nicht von politischen Parteien abhängig machen, sondern eigene Komitees gründen. Gegen sie zu gewinnen, ist für jede politische Kraft schwierig und tritt selten ein, was auch für die lokalen Wahlen gilt. Drittens beging die *PiS* einige bedeutende Fehler im Wahlkampf, die die großstädtische gemäßigte Wählerschaft abgeschreckt haben. Der sachliche und gut vorbereitete Wahlkampf wurde von führenden *PiS*-Politikern durch scharfe und häufig unglaubwürdige Aussagen und einen zu konfrontativen Stil umrahmt. Sie versuchten zu überzeugen, dass die Zusammenarbeit zwischen der Selbstverwaltung und der Regierung in Warschau notwendig sei, damit verschiedene Investitionen und Unternehmungen umgesetzt werden können, und dies würden nur die Kandidaten der *PiS* garantieren. Diese Rhetorik wurde von vielen Wählern als Erpressung aufgefasst, dass die Regierung im Falle eines Wahlsiegs der anderen Kandidaten die Selbstverwaltung nicht unterstützen werde. Das Polnische Fernsehen unterstützte sehr aggressiv und zudringlich die Kandidaten der *PiS*, indem es eine Schmutzkampagne gegenüber ihren Opponenten einleitete, was für viele Wähler unglaubwürdig war und den Gegnern der *PiS* Unterstützung einbrachte. Ein weiterer Fehler war der Antrag des Justizministers Zbigniew Ziobro an das Verfassungstribunal auf Klärung der Vereinbarkeit des Artikel 267 des EU-Vertrags mit der polnischen Verfassung, dahingehend, ob die polnischen Richter präjudizielle Fragen in Angelegenheiten des polnischen Gerichtswesens, die nicht der Rechtsprechung der EU unterliegen, an den Europäischen Gerichtshof richten dürfen. Dies löste einen großen Skandal aus, gab aber auch den Gegnern der *PiS* den Vorwand, zu überzeugen zu suchen, dass die *PiS* Polen aus der EU herausführen will. Einen nicht kleineren Skandal rief ein Wahlspot hervor, in dem suggeriert wurde, dass im Falle eines Wahlsiegs der *Bürgerkoalition* in den Großstädten dort Flüchtlinge aufgenommen werden. Dieser Spot erwies sich für die *PiS* als sehr schädlich. Insofern liegen die wichtigsten Siege der *PiS* auf der Ebene der Kreise und Gemeinden. Die *PiS* hat nun eine Vertretung in fast jedem Kreis, das heißt, sie verfügt über eine aktive Basis, die für sie auch in den kommenden Wahlkämpfen arbeiten wird. Neben der vorherrschenden Rolle in der Landespolitik hat die *PiS* einen wichtigen Schritt in Richtung einer dauerhaften Verwurzelung in der Lokalpolitik vollzogen. Starke Strukturen sind der Schlüssel für den Aufbau einer starken Partei, die widerstandsfähig gegenüber Krisen und mögliche Niederlagen ist.

Die genannten Debatten, Konflikte und Spannungen zeitigten eindeutig einen positiven Effekt. Die Wahlbeteiligung war mit 54,90 Prozent im Landesdurchschnitt und 48,83 Prozent im zweiten Wahlgang für polnische Verhältnisse ein Rekord. Allen Seiten des politischen Konflikts gelang es, ihre Wähler zu mobilisieren, was fraglos ein positives Ergebnis ist. Trotz vieler

Befürchtungen mit Blick auf die Organisation der Wahlen, verliefen sie ordentlich und ohne größere Störungen und auch die Anzahl der ungültigen Stimmen hat sich deutlich verringert.

Übersetzung aus dem Polnischen: Silke Plate

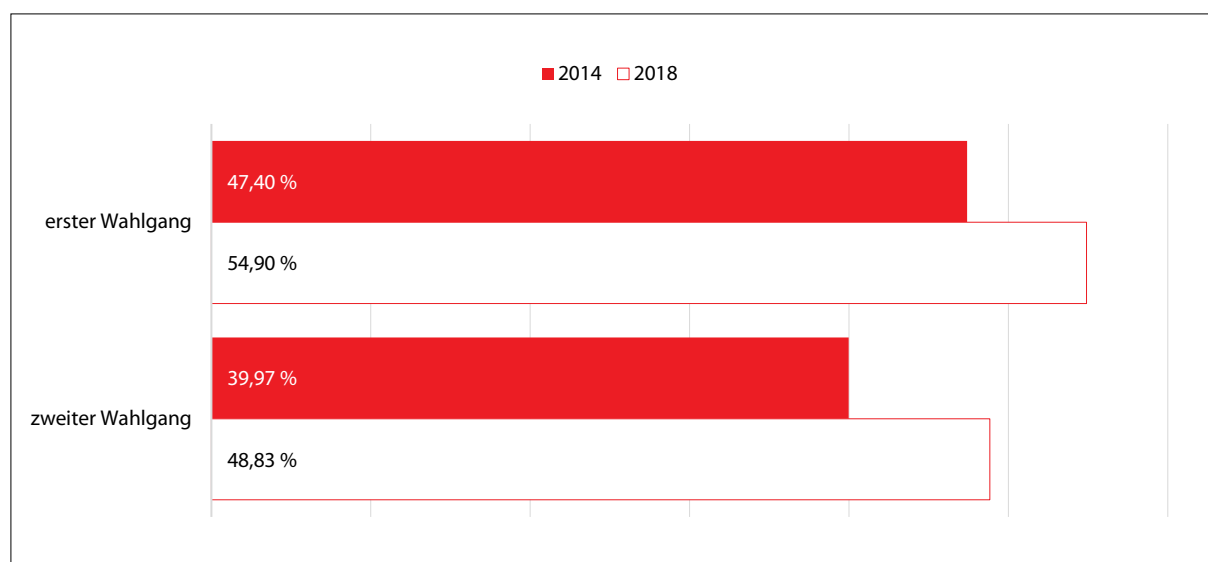
Über den Autor

Dr. Adam Jarosz, Politikwissenschaftler, ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Politologie der Uniwersytet Zielonogórski (Zielona Góra/Grünberg). Seine Forschungsschwerpunkte liegen auf dem Gebiet der lokalen Selbstverwaltung, der Systemtransformation nach 1989, der Stellung des Präsidenten in der Dritten Republik und den deutsch-polnischen Beziehungen.

TABELLEN UND GRAFIKEN ZUM TEXT

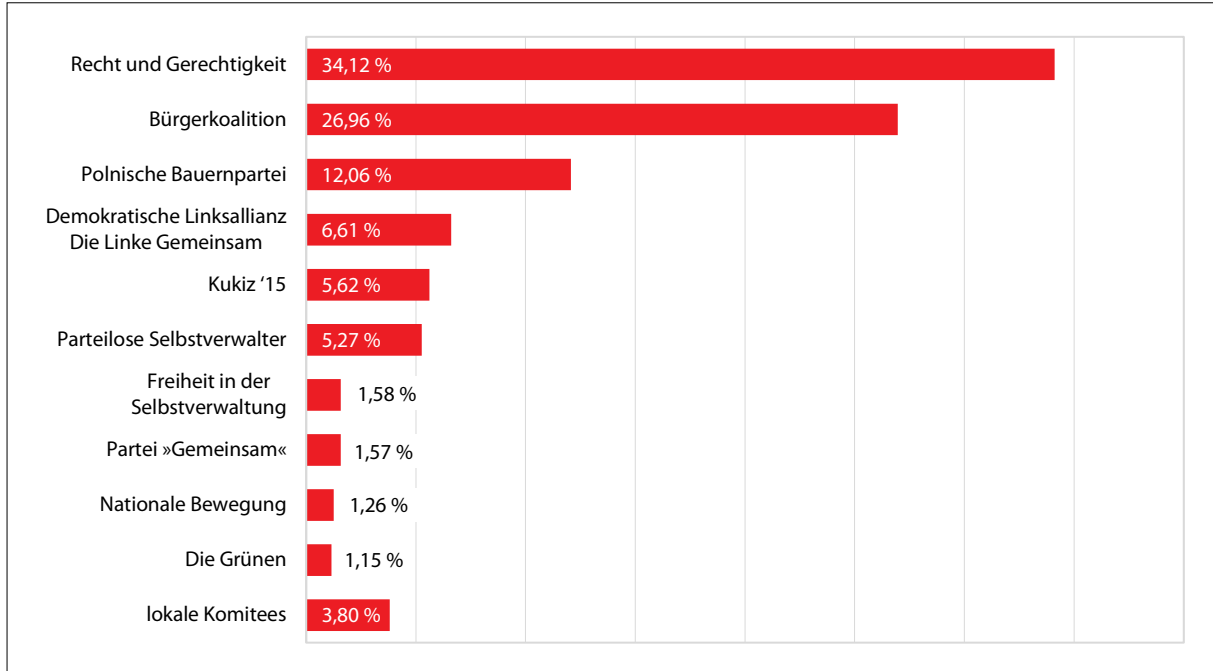
Die Ergebnisse der Selbstverwaltungswahlen

Grafik 1: Selbstverwaltungswahlen: die Wahlbeteiligung (2014, 2018)



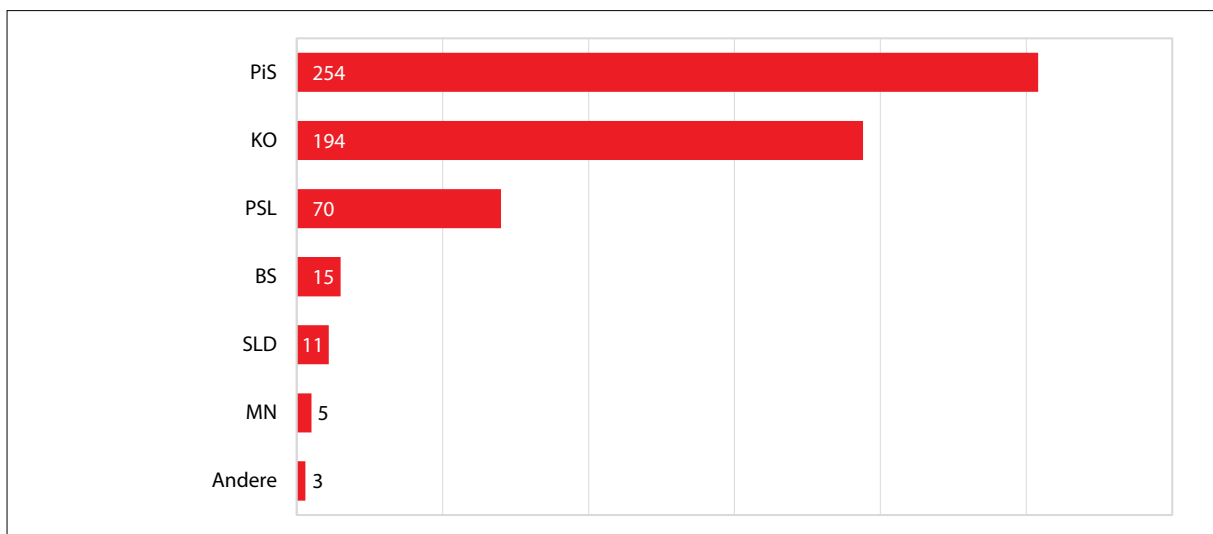
Quelle: Państwowa Komisja Wyborcza [Staatliche Wahlkommission].

Grafik 2: Unterstützung für die Wahlkomitees bei den Wahlen der Woiwodschaftslandtage



Recht und Gerechtigkeit/ Prawo i Sprawiedliwość – PiS; Bürgerkoalition/Koalicja Obywatelska – KO; Polnische Bauernpartei/Polnie Stronnictwo Ludowe – PSL; Demokratische Linksallianz Die Linke Gemeinsam/Sojusz Lewicy Demokratycznej – SLD Lewica Razem; Parteilose Selbstverwalter/Bezpartyjny Samorządowcy – BS; Freiheit in der Selbstverwaltung/Wolność w Samorządzie; Partei »Gemeinsam«/Partia Razem; Nationale Bewegung/Ruch Narodowy; Die Grünen/Zieloni Die Selbstverwaltungswahlen 2018 – Die Wahlen der Woiwodschaftslandtage – Anteil der für die einzelnen Wahlkomitees abgegebenen Stimmen im Landesdurchschnitt – Die Grafik wurde auf der Grundlage der Daten von Państwowa Komisja Wyborcza [Staatliche Wahlkommission] von Wyborynamapie.pl erstellt

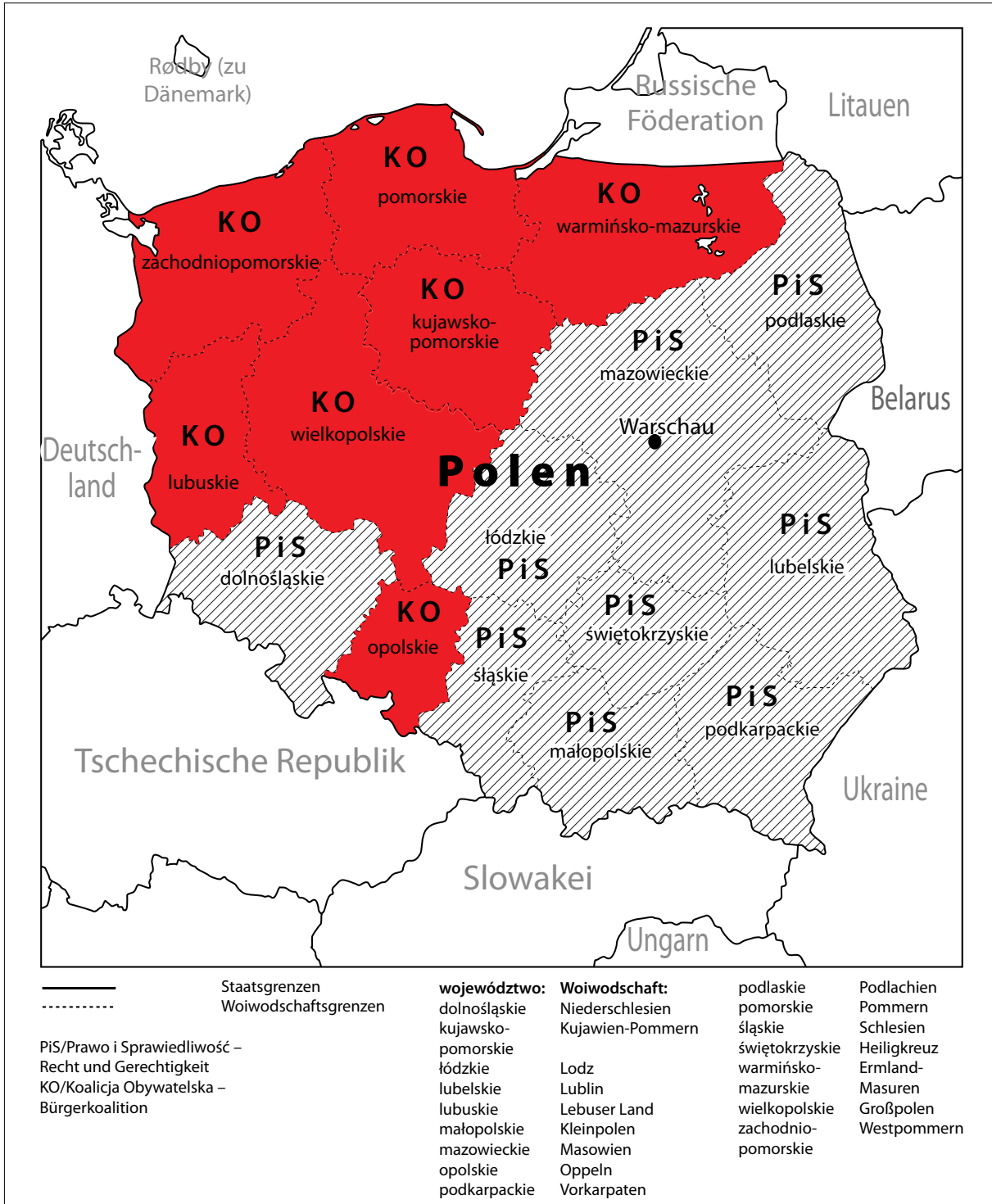
Grafik 3: Die Anzahl der Mandate insgesamt



PiS/Prawo i Sprawiedliwość – Recht und Gerechtigkeit; KO/Koalicja Obywatelska – Bürgerkoalition; PSL/Polnie Stronnictwo Ludowe – Polnische Bauernpartei; BS/Bezpartyjni Samorządowcy – Parteilose Selbstverwalter; SLD/Sojusz Lewicy Demokratycznej – Demokratische Linksallianz; MN/Mniejszość Niemiecka – Deutsche Minderheit

Quelle: <Wyborynamapie.pl>, mit offiziellen Daten von Państwowa Komisja Wyborcza [Staatliche Wahlkommission]

Grafik 4: die Wahlgewinner in den Woiwodschaftslandtagen



Kartografie: <<http://english.freemap.jp/blankmap/>>; Quelle: <wyborynamapie.pl>, mit offiziellen Daten von Państwowa Komisja Wyborcza [Staatliche Wahlkommission], grafisch leicht überarbeitet

Tabelle 1: Die Verteilung der Mandate in den Kreisen und Kreisstädten

	PiS	Koalicja Obywatelska	SLD	PSL	Bezpartyjni Samorządowcy	Kukiz '15	Mniejszość Niemiecka	lokale Komitees
Kreise								
Anzahl der Ratsabgeordneten in allen Kreisen	2.114	726	105	952	36	19	45	2.247
Anzahl der gewonnenen Kreise	147	37	1	40	3	0	2	84
Kreisstädte								
Anzahl der Ratsabgeordneten in allen Kreisstädten	525	492	59	6	1	7	0	621
Anzahl der gewonnenen Kreisstädte	15	23	3	0	0	1	0	24
Anzahl der gewählten Stadtpräsidenten	1	16	2	0	0	1	0	46

Koalicja Obywatelska – Bürgerkoalition; PiS/Prawo i Sprawiedliwość – Recht und Gerechtigkeit; SLD/Sojusz Lewicy Demokratycznej – Demokratische Linksallianz; PSL/Polские Stronnictwo Ludowe – Polnische Bauernpartei; Bezpartyjni Samorządowcy – Parteilose Selbstverwalter; Mniejszość Niemiecka – Deutsche Minderheit
 Quelle: Zusammenstellung des Autors Adam J. Jarosz auf Grundlage der Daten von Państwowa Komisja Wyborcza [Staatliche Wahlkommission]

Tabelle 2: Die Wahlergebnisse für das Amt des Stadtpräsidenten

Stadt	Kandidaten	Komitee	erster Wahlgang	zweiter Wahlgang
Warszawa	Rafał Trzaskowski	Koalicja Obywatelska	56,67 %	-
	Patryk Jaki	PiS	28,53 %	-
Białystok	Tadeusz Truskolaski	Koalicja Obywatelska	56,21 %	-
	Jacek Żalek	PiS	30,21 %	-
Bydgoszcz	Rafał Bruski	Koalicja Obywatelska	54,64 %	-
	Tomasz Latos	PiS	29,60 %	-
Gdańsk	Paweł Adamowicz	parteilos	36,97 %	64,80 %
	Kacper Płażyński	PiS	29,68 %	35,20 %
Gorzów Wielkopolski	Jacek Wójcicki	parteilos	65,21 %	-
	Sebastian Pieńkowski	PiS	15,23 %	-
Kraków	Jacek Majchrowski	parteilos	45,84 %	61,94 %
	Małgorzata Wasserman	PiS	31,88 %	38,06 %

Fortsetzung auf der nächsten Seite

Tabelle 2: Die Wahlergebnisse für das Amt des Stadtpräsidenten (Fortsetzung)

Stadt	Kandidaten	Komitee	erster Wahlgang	zweiter Wahlgang
Katowice	Marcin Krupa	parteilos	55,41 %	-
	Jarosław Makowski	Koalicja Obywatelska	24,11 %	-
Kielce	Wojciech Lubawski	parteilos/unterstützt von PiS	29,20 %	38,75 %
	Bogdan Wenta	parteilos	37,62 %	61,25 %
Lublin	Krzysztof Żuk	parteilos/unterstützt von Koalicja Obywatelska	62,32 %	-
	Sylwester Tułajew	PiS	31,48 %	-
Łódź	Hanna Zdanowska	parteilos/unterstützt von Koalicja Obywatelska	70,22 %	-
	Waldemar Buda	PiS	23,65 %	-
Olsztyn	Piotr Grzymowicz	parteilos	33,78 %	54,47 %
	Czesław Małkowski	parteilos	30,66 %	45,53 %
Opole	Arkadiusz Wiśniewski	parteilos	70,35 %	-
	Violetta Porowska	PiS	11,56 %	-
Poznań	Jacek Jaśkowiak	Koalicja Obywatelska	55,99 %	-
	Tadeusz Zysk	PiS	21,31 %	-
Rzeszów	Tadeusz Ferenc	parteilos	63,76 %	-
	Wojciech Buczak	PiS	28,86 %	-
Szczecin	Piotr Krzystek	parteilos	47,25 %	78,22 %
	Bartłomiej Sochański	PiS	21,99 %	21,78 %
Toruń	Michał Zaleski	parteilos	55,42 %	-
	Tomasz Lenz	Koalicja Obywatelska	23,78 %	-
Wrocław	Jacek Sutryk	Koalicja Obywatelska	50,20 %	-
	Mirosława Stachowiak-Różecka	PiS	27,50 %	-
Zielona Góra	Janusz Kubicki	parteilos	58,20 %	-
	Piotr Barczak	PiS	17,92 %	-

Koalicja Obywatelska – Bürgerkoalition; PiS/Prawo i Sprawiedliwość – Recht und Gerechtigkeit

Quelle: Zusammenstellung des Autors Adam J. Jarosz auf Grundlage der Daten von Państwowa Komisja Wyborcza [Staatliche Wahlkommission]

16. Oktober 2018 – 11. November 2018

16.10.2018	Marek Gróbarczyk, Minister für Meereswirtschaft und Binnenschifffahrt, Jarosław Kaczyński, Parteichef von Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS), und der PiS-Abgeordnete Jerzy Wilk nehmen an einer Pressekonferenz an der Weichselnehrung (= Frische Nehrung) teil, wo aktuell geologische und geodätische Untersuchungen für den Bau eines schiffbaren Kanals von der Ostsee/Danziger Bucht nach Elbing (Elbląg) stattfinden. Ziel ist es, mit dem Kanal den russischen Kontrollpunkt am Pillauer Seetief (Cieśnina Piławska) zu umgehen. Mit dem Bau des Kanals werde die vollständige Souveränität Polens bestätigt, so Kaczyński. Er zeigt sich zuversichtlich, dass die noch ausstehenden Genehmigungen in Kürze erteilt würden. Die Woiwodschaft Pommern (województwo pomorskie) hatte die Investition unter wirtschaftlichen und Umweltaspekten negativ beurteilt, während sich die Woiwodschaft Ermland-Masuren für den Bau des Kanals ausgesprochen hatte.
17.10.2018	In einem Radiointerview schließt Jarosław Kaczyński, Parteivorsitzender von Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS), mit Blick auf die Ende der Woche stattfindenden Selbstverwaltungswahlen eine Zusammenarbeit mit der Demokratischen Linksallianz (Sojusz Lewicy Demokratycznej – SLD) nicht aus, wenn diese die Politik des »guten Wandels« der PiS unterstützt.
18.10.2018	Das russische Außenministerium teilt mit, dass das Wrack der Flugzeugkatastrophe von Smolensk (2010) so lange in Russland bleiben werde, bis die Untersuchungen abgeschlossen seien. Da Russland aus der Parlamentarischen Versammlung des Europarates ausgeschlossen worden war, halte es deren Resolution der vergangenen Woche nicht für verpflichtend, die Wrackteile auf Grundlage des »Chicagoer Abkommens« über die internationale Zivilluftfahrt an Polen zurückzugeben.
19.10.2018	Der Europäische Gerichtshof (EuGH) in Luxemburg verfügt per einstweiliger Anordnung, dass die Zwangspensionierung von Richtern in Polen ausgesetzt und rückgängig gemacht werden muss. Die EU-Kommission hatte das Verfahren in Gang gesetzt, weil infolge der Justizreform in Polen gegen das Prinzip der Unabhängigkeit und Unabsetzbarkeit der Richter verstoßen werde.
21.10.2018	In Polen finden die Selbstverwaltungswahlen statt. Gewählt werden Stadt- und Kreisräte, Woiwodschaftslandtage (sejmik), Bürgermeister, Stadtpräsidenten und Woiwoden. Stimmberechtigt sind 30,15 Mio. Bürger.
22.10.2018	Präsident Andrzej Duda beginnt seinen zweitägigen offiziellen Besuch in Berlin. Auf der Pressekonferenz nach dem Gespräch mit Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier unterstreicht Duda die guten deutsch-polnischen Beziehungen, weist aber auch auf strittige Themen hin. Eines davon sei das deutsch-russische Gaspipeline-Projekt Nord Stream 2. Dies würde zur Dominanz des russischen Anbieters auf dem europäischen Markt führen und sei problematisch für die Energiesicherheit einiger ostmitteleuropäischer Staaten.
23.10.2018	Präsident Andrzej Duda und Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier nehmen in Berlin am 19. Deutsch-Polnischen Forum »Europa 1918–2018: Geschichte mit Zukunft« teil, das auch an den 100. Jahrestag der Wiedererlangung der Unabhängigkeit Polens erinnerte. Regierungskritische Medien in Polen zeigen sich irritiert über Äußerungen Dudas, der u. a. Verständnis für die Entscheidung der britischen Bevölkerung für den Brexit zeigt.
24.10.2018	Nach einer Sitzung des Exekutivkomitees der Polnischen Bauernpartei (Polskie Stronnictwo Ludowe – PSL) in Warschau zur Bewertung der Ergebnisse der Selbstverwaltungswahlen am vergangenen Sonntag teilt Adam Jarubas, Marschall der Woiwodschaft Heiligkreuz (województwo świętokrzyskie), mit, dass sich die PSL einstimmig gegen Koalitionen mit Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS) in den 16 Woiwodschaftslandtagen (sejmik) ausgesprochen hat. Zur Begründung hieß es, dass die PiS eine Partei sei, die gegen die Selbstverwaltung und antidemokratisch sei. Die PSL wurde in den Selbstverwaltungswahlen landesweit drittstärkste Kraft.
25.10.2018	Die Staatliche Wahlkommission (Państwowa Komisja Wyborcza – PKW) gibt das amtliche Endergebnis für die Wahlen zu den Woiwodschaftslandtagen (sejmik) bekannt, die am vergangenen Sonntag stattfanden. Landesweit erhielt Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS) 254 Mandate, der Zusammenschluss Bürgerkoalition (Koalicja Obywatelska – KO) 194, die Polnische Bauernpartei (Polskie Stronnictwo Ludowe – PSL) 70, parteilose Kandidaten 15 und das Bündnis Demokratische Linksallianz/Die Linke Gemeinsam (Sojusz Lewicy Demokratycznej – SLD/Lewica Razem) 11. Die Wahlbeteiligung betrug 54,90 %.
27.10.2018	Auf einer gemeinsamen Pressekonferenz in Chorzów erklären die Parteichefs der Bürgerplattform (Platforma Obywatelska – PO) und der Polnischen Bauernpartei (Polskie Stronnictwo Ludowe – PSL), Grzegorz Schetyna und Władysław Kosiniak-Kamysz, ihre Bereitschaft, Koalitionsgespräche auf der Selbstverwaltungsebene aufzunehmen und auch andere politische Partner einzubeziehen. Beide Parteien lehnen jedoch eine Koalition mit Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS) ab. Die Selbstverwaltungswahlen fanden am vergangenen Sonntag statt.

29.10.2018	Der Parteivorsitzende der Demokratischen Linksallianz (Sojusz Lewicy Demokratycznej – SLD), Włodzimierz Czarzasty, bekräftigt, dass die SLD keine Koalition mit Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS) in den Selbstverwaltungskörperschaften eingehen wird. Wichtiger als die Machtübernahme seien für die SLD das Wertesystem und die Glaubwürdigkeit; die PiS sei für den Verfassungsbruch und die Beschädigung der Rechtsstaatlichkeit in Polen verantwortlich. In der Woiwodschaft Heiligkreuz (województwo świętokrzyskie) war am Vortag eine Koalition aus PiS, SLD und anderen Partnern bekannt gegeben worden, woraufhin die SLD-Mitglieder aus der Partei ausgeschlossen wurden und das Vorhaben gestoppt wurde.
30.10.2018	Krzysztof Szczerski, Chef der Präsidialkanzlei, kommentiert in einem Fernsehinterview die Entscheidung von Bundeskanzlerin Angela Merkel, vom Parteivorsitz der CDU zurückzutreten und sich nach ihrer aktuellen Amtszeit als Kanzlerin aus dem politischen Leben zurückzuziehen. Dies sei kein ruhmreicher Abgang, sondern eine Folge der von ihr verantworteten Politik. Merkels politische Fehler in der Flüchtlingspolitik hätten die CDU-Wähler aus der Mitte der politischen Bühne vertrieben. Für Europa bedeute das, seine Politik ändern zu müssen und demokratischer zu werden, das heiße, seinen Bürgern mehr zuzuhören.
31.10.2018	Ministerpräsident Mateusz Morawiecki besucht in Dąbrowa Górnicza in der Woiwodschaft Schlesien (województwo śląskie) die Kokerei Przyjaźń, in die der Kohlekonzern Jastrzębska Spółka Węglowa (JSW) 345 Mio. Zloty zur Modernisierung investiert. Die Modernisierung sei Teil des Regierungsplans für Schlesien und diene dem Erhalt von Arbeitsplätzen, betont Morawiecki. 200 Mio. Zloty stammen aus dem Nationalen Fonds für Umweltschutz und Wasserwirtschaft. Die JSW plant außerdem weitere Modernisierungsschritte.
01.11.2018	Außenminister Jacek Czaputowicz nimmt an den zweitägigen Beratungen des Core Group Meetings der Münchener Sicherheitskonferenz in Minsk (Belarus) teil. Auf der Pressekonferenz im Anschluss sagt er, die Bemühungen Polens um eine ständige Präsenz von US-amerikanischen Truppen in Polen seien eine Reaktion auf die Aggressionen Russlands. Die US-Truppen würden keine Bedrohung, insbesondere nicht für Belarus, darstellen. Der Präsident von Belarus, Alexander Lukaschenko, hatte vorher deutlich gemacht, dass Belarus und Russland eine adäquate Antwort als Reaktion auf das sogenannte Fort Trump in Polen vorbereiten würden.
02.11.2018	In Warschau finden die 15. Deutsch-Polnischen Regierungskonsultationen statt, zu denen Bundeskanzlerin Angela Merkel von Ministerpräsident Mateusz Morawiecki mit militärischen Ehren empfangen wird. Morawiecki betont auf der Pressekonferenz im Anschluss, die deutsch-polnischen Wirtschaftsbeziehungen würden sich hervorragend entwickeln. Die Gespräche finden entgegen allgemeiner Erwartungen in einer betont freundlichen Atmosphäre statt. Politische Beobachter weisen darauf hin, dass wegen starker Meinungsverschiedenheiten in wesentlichen Fragen auf der Abschlusspressekonferenz der beiden Regierungschefs keine konkreten deutsch-polnischen Initiativen vorgestellt wurden.
02.11.2018	Ministerpräsident Mateusz Morawiecki stellt in Aussicht, dass Polen den geplanten UNO-Migrationspakt ähnlich wie Ungarn, Tschechien und die USA nicht unterschreiben wird, da für Polen die Souveränität in Fragen der Grenz- und Migrationskontrolle Priorität habe.
04.11.2018	In über 600 Städten und Gemeinden in Polen findet der zweite Wahlgang der Selbstverwaltungswahlen statt. Durchgeführt werden Stichwahlen für Bürgermeister und Stadtpräsidenten sowie Gemeindevorsteher.
05.11.2018	Sejmmarschall Marek Kuchciński reist mit einer Delegation zu einem zweitägigen Besuch nach Tbilisi (Georgien). Mit seinem georgischer Amtskollegen Iraklim Kobakhidze unterzeichnet er das Statut der Parlamentarischen Versammlung Polens und Georgiens, die im März vom Sejm und vom Senat Polens und dem Parlaments Georgiens berufen wurde. Kuchciński betont, dass Polen gegen jegliche Verletzung von Staatsgrenzen sei, und überreicht Kobakhidze den Beschluss des Sejm vom Oktober 2018 anlässlich des 10. Jahrestages des russischen Überfalls auf Georgien.
06.11.2018	Die Polnisch-Ukrainische Parlamentariergruppe trifft sich in Kiew (Ukraine) zu Gesprächen mit Abgeordneten des ukrainischen Parlaments, des Außenministeriums und des Präsidenten der Ukraine sowie mit der Vizepräsidentin des Obersten Rates des Parlaments. Beata Mazurek, Vizemarschallin des Sejm und Leiterin der polnischen Delegation, sagt im Anschluss, die bilaterale Zusammenarbeit in den Bereichen des Militär, der Energiesicherheit und der humanitären Hilfe gestalte sich gut und Polen sei der strategische Partner der Ukraine. Allerdings bestünden Probleme bei der Aufarbeitung historischer Themen, was beiden Seiten bewusst sei. Polen habe sich für die Wiederaufnahme historischer Untersuchungen gewalttätiger Konflikte in der Zeit des Zweiten Weltkriegs und die Exhumierung von Opfern ausgesprochen.
07.11.2018	Die Stadtpräsidentin von Warschau, Hanna Gronkiewicz-Waltz, verbietet aus Gründen der Sicherheit den Unabhängigkeitsmarsch am 11. November, den nationalistische und rechtsradikale Gruppierungen im Verband »Unabhängigkeitsmarsch« seit dem Jahr 2010 organisieren.

07.11.2018	Präsident Andrzej Duda und Ministerpräsident Mateusz Morawiecki beschließen, dass am 100. Jahrestag der Unabhängigkeit (11. November) in Warschau ein vom Staat ausgerichteter »weiß-roter Marsch« stattfinden wird. Da er den Charakter einer staatlichen Feierlichkeit habe, können Märsche anderer Organisatoren nicht auf derselben Wegführung stattfinden, sagt Präsidentensprecher Błażej Sychalski. Der »weiß-rote Marsch« soll ein Gegengewicht zum Unabhängigkeitsmarsch darstellen, der von nationalistischen und rechtsradikalen Gruppierungen veranstaltet wird.
08.11.2018	Rafał Jankowski, Vorsitzender der Gewerkschaft der Polizisten (NSZZ Policjantów), und Innenminister Joachim Brudziński geben die Verhandlungsergebnisse über die Forderungen der Polizisten und das Ende ihrer Proteste bekannt. Vereinbart wurden Gehaltserhöhungen im Jahr 2019 und 2020, die Vergütung von Überstunden und die Möglichkeit der Verrentung nach 25 Dienstjahren. Die Proteste dauerten seit Juli. Beide rufen die Polizisten auf, ihre Arbeit wieder aufzunehmen. Als Zeichen des Protestes hat sich unlängst ungefähr ein Drittel der Polizisten krankschreiben lassen.
08.11.2018	Ministerpräsident Mateusz Morawiecki ruft zur Teilnahme am staatlich organisierten Marsch am 100. Jahrestag der Unabhängigkeit (11. November) auf. Unabhängig von der politischen Einstellung solle zu diesem Anlass die Einheit Polens demonstriert werden.
08.11.2018	Das Kreisgericht in Warschau hebt das Verbot des Unabhängigkeitsmarsches am 11. November in Warschau auf, das Stadtpräsidentin Hanna Gronkiewicz-Waltz am Vortag aus Sicherheitsgründen verhängt hat. Die Organisatoren des Marsches, nationalistische und rechtsradikale Gruppierungen, kündigen rechtliche Schritte gegen Hanna Gronkiewicz-Waltz wegen Amtsmissbrauchs an.
09.11.2018	Robert Bąkiewicz, der Vorsitzende des Verbands »Unabhängigkeitsmarsch«, bekräftigt in einem Radiointerview, dass am 11. November der Unabhängigkeitsmarsch stattfinden wird, und lädt Präsident Andrzej Duda zur Teilnahme ein. Es habe im Vorfeld mehrere Gespräche mit Innenminister Joachim Brudziński, Senatsmarschall Stanisław Karczewski und Wojciech Kolarski als Vertreter der Präsidialkanzlei über einen gemeinsamen Marsch gegeben. Sie seien daran gescheitert, dass sein Verband den Marsch als Demonstration der Basis verstehe und ihn nicht staatlich vereinnahmen lassen wolle. Er könne nicht garantieren, dass keine rassistischen Parolen gezeigt werden, spreche sich aber dagegen aus.
09.11.2018	Am späten Abend einigen sich die Regierungsseite und der Verband »Unabhängigkeitsmarsch«, am 100. Jahrestag der Wiedererlangung der Unabhängigkeit (11. November) einen gemeinsamen Demonstrationzug durch Warschau zu führen.
10.11.2018	In Lodz (Łódź) warnt Donald Tusk, Präsident des Europäischen Rates, aus Anlass des 100. Jahrestags der Wiedererlangung der Unabhängigkeit Polens vor den politischen Kräften in Polen, die die politische Ordnung ändern und die europäische Einheit missachten. Polens Zukunft liege in der Europäischen Union, nur das könne seine Unabhängigkeit gewährleisten.
11.11.2018	Am 100. Jahrestag der Wiedererlangung der Unabhängigkeit Polens gibt es im ganzen Land Feierlichkeiten. In Warschau finden der von der Regierung ausgerichtete »rot-weiße Marsch« unter dem Motto »Für Dich, Polen« und der von nationalistischen und rechtsradikalen Gruppierungen organisierte »Unabhängigkeitsmarsch« gemeinsam statt. Nach Angaben der Polizei nehmen ca. 250.000 Personen teil. Michał Dworczyk, Chef der Präsidialkanzlei, sagt in einem Interview, dass die im Unabhängigkeitsmarsch vereinzelt gezeigten Fahnen radikaler Gruppierungen nicht den Gesamteindruck des Feiertags von Hunderttausenden Polen mit einhunderttausend polnischen Fahnen zerstören. U. a. werden Symbole des National-Radikalen Lagers (Obóz Narodowo-Radykalny – ONR) und der italienischen neofaschistischen Forza Nuova gezeigt und eine Europafahne verbrannt.

Sie können die gesamte Chronik seit 2007 auch auf <http://www.laender-analysen.de/polen/> unter dem Link »Chronik« lesen.

ÜBER DIE POLEN-ANALYSEN

Die Polen-Analysen erscheinen zweimal monatlich als E-Mail-Dienst. Sie werden gemeinsam vom Deutschen Polen-Institut Darmstadt, der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde herausgegeben.

Ein Archiv der Polen-Analysen finden Sie im Internet unter www.laender-analysen.de/polen

Kostenloses Abonnement unter <http://www.deutsches-polen-institut.de/Newsletter/subscribe.php>

Diese Analysen finden Sie online als Lizenzausgabe auf bpb.de



Deutsches Polen-Institut Darmstadt (www.deutsches-polen-institut.de)

Das seit 1980 tätige Deutsche Polen-Institut Darmstadt (DPI) ist ein Forschungs-, Informations- und Veranstaltungszentrum für polnische Kultur, Geschichte, Politik, Gesellschaft und die deutsch-polnischen Beziehungen, die sich im Kontext der europäischen Integration entwickeln. Institutionelle Träger des DPI sind das Land Hessen, die Kultusminister der Länder, das Auswärtige Amt und die Wissenschaftsstadt Darmstadt. Einen wesentlichen Beitrag zur Verwirklichung der Institutsziele leisten private Stiftungen. Ziel der Vermittlertätigkeit des DPI ist es, »die zu interessieren, auf die es politisch, wirtschaftlich, gesellschaftlich und kulturell im deutsch-polnischen Verhältnis ankommt« (Leitlinien 1997). Es geht um die Entscheider und Multiplikatoren in Politik, Kultur, Bildung, Verwaltung, Medien und Wirtschaft. Das DPI versteht sich in Kooperation mit den Orten wissenschaftlicher Polen-Kompetenz an deutschen Hochschulen und Forschungsinstituten als verbindendes und vernetzendes Zentrum. Mit der 70.000 Bände zählenden multidisziplinären Fachbibliothek für Polen, die eine einzigartige Sammlung polnischer Belletristik in der Originalsprache und in deutscher Übersetzung umfasst, ist das DPI ein geschätzter Ort der Recherche und des wissenschaftlichen Arbeitens.

Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen (www.forschungsstelle.uni-bremen.de)

1982 gegründet, widmet sich die Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen der interdisziplinären Analyse der Länder Ost- und Ostmitteleuropas in Zeitgeschichte und Gegenwart. Der Forschungsschwerpunkt liegt dabei auf der Rolle von »Dissens und Konsens«, von Opposition und Zivilgesellschaft in ihrem historischen, politischen, gesellschaftlichen und kulturellen Kontext. Die Forschungsstelle besitzt in ihrem Archiv eine einzigartige Sammlung alternativer Kulturgüter und unabhängiger Texte aus den ehemaligen sozialistischen Ländern. Darunter befindet sich auch eine umfangreiche Sammlung des »Zweiten Umlaufs«, die das Schrifttum und Dokumente unabhängiger Initiativen und gesellschaftlicher Gruppen in Polen aus der Zeit von 1976 bis zum Umbruch umfasst. Hinzu kommt eine umfangreiche Bibliothek mit wissenschaftlicher Literatur. Mit Archiv, Bibliothek und zwei wissenschaftlichen Abteilungen ist die Forschungsstelle auch eine Anlaufstelle sowohl für Gastwissenschaftler als auch für die interessierte Öffentlichkeit.

Eine der Hauptaufgaben der Forschungsstelle ist die Information der interessierten Öffentlichkeit. Dazu gehören unter anderem regelmäßige E-Mail-Informationsdienste für Politik, Wirtschaft, Zivilgesellschaft und Medien.

Herausgeber:

Deutsches Polen-Institut, Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V., Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung, Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH

Redaktion:

Prof. Dr. Dieter Bingen (verantwortlich) (Darmstadt) und Silke Plate M.A. (Bremen)
Satz: Matthias Neumann

Wissenschaftlicher Beirat:

Prof. Dr. Stefan Garsztecki, Technische Universität Chemnitz
Prof. Dr. Klaus Ziemer, Kardinal-Stefan-Wyszyński-Universität Warschau

Die Meinungen, die in den Polen-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.
Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Polen-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann

Alle Ausgaben der Polen-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de

ISSN 1863-9712 © 2018 by Deutsches Polen-Institut, Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V., Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung, Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH

Kontakt: Dr. Andrzej Kaluza, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Deutsches Polen-Institut, Residenzschloss, Marktplatz 15,
64283 Darmstadt, Tel.: +49/6151/4202-20, Fax: +49/6151/4202-10, E-Mail: info@dpi-da.de, Internet: www.laender-analysen.de/polen



Kostenlose E-Mail-Dienste auf www.laender-analysen.de

@laenderanalysen

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig im kostenlosen Abonnement kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa und der GUS. Alle Länder-Analysen verstehen sich als Teil eines gemeinsamen Projektes, das der wissenschaftlich fundierten, allgemeinverständlich formulierten Analyse der Entwicklungen im östlichen Europa, der Offenheit für verschiedene inhaltliche Positionen und der kostenlosen und nicht-kommerziellen Information einer breit verstandenen interessierten Öffentlichkeit verpflichtet ist. Autor/innen sind internationale Fachwissenschaftler/innen und Expert/innen. Die Redaktionen der Länder-Analysen bestehen aus Wissenschaftler/innen mit langjähriger Forschungserfahrung.

Die deutschsprachigen Länder-Analysen werden gemeinsam von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, dem Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien, der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde, dem Deutschen Polen-Institut, dem Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien und dem Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung herausgegeben. Die englischsprachigen Länder-Analysen erscheinen in Kooperation der Forschungsstelle Osteuropa mit dem Center for Security Studies (CSS) der ETH Zürich.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse. Alle Länder-Analysen sind auch mit Archiv und Indizes online verfügbar unter www.laender-analysen.de.

Belarus-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/belarus/>

Caucasus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: monatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/cad.html>

Polen-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/newsletter/polen-analysen/>

Auch als App für Android™ (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play™.

Russland-Analysen

Erscheinungsweise: zweiwöchentlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/russland/>

Auch als App für Android (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play.



Russian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/rad.html>

Ukraine-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>

Auch als App für Android (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play.



Zentralasien-Analysen

Erscheinungsweise: monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/zentralasien/>

Auch als App für Android (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play.

